

"Der schwarze Kanal" von und mit Heinz Grothe

Einblendung Westfernsehen

"Im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte haben Amerikaner und Russen ihre strategischen Nuklearwaffen in der Zahl vermehrt, in der Explosionskraft verstärkt, in der Reichweite gesteigert, und mit technischen Raffinessen ungemein perfektioniert. Das hat auf beiden Seiten mehrere hundert Milliarden Dollar gekostet, die beide Volkswirtschaften für andere Ausgaben gefehlt haben. Aber keiner der beiden mochte mit diesem Rüstungsaufwand einen entscheidenden machtpolitischen Vorteil oder gar einen Durchbruch gegenüber dem anderen zu erringen.

Darum faßten sie sich schließlich nach längerem hin und her diplomatischer Finten und Finessen im Herbst 1969 in der finnischen Hauptstadt Helsinki zu einer Diskussion zusammen, der die Amerikaner die Bezeichnung 'Ford' gaben."

Heinz Grothe

Was das Westfernsehen hier seinen Zuschauern einzureden versucht, meine Damen und Herren, das gehört seit Jahren zur ideologischen Standardausrüstung westlicher Journalistik. Die beiden Großen halten sich gegenseitig in einem Gleichgewicht des Schreckens. Keiner kann den anderen militärisch besiegen und deshalb sind sie sich einig. Das mag einleuchtend klingen, falsch ist es trotzdem, weil es Ursache und Wirkung durch einander bringt. Diese Gleichheitsthese setzt nämlich voraus, daß jeder der beiden Großen den anderen militärisch überfallen und vernichten will. Aber so ist das ja keineswegs. Zugeben, was die USA angeht, da lassen sich derartige Pläne schwerlich bestreiten, im Gegenteil. Die Politik der Stärke war über zwei Jahrzehnte lang oberstes Gesetz der amerikanischen Nachkriegsstrategie. USA-Präsident Truman ließ während der Potsdamer Konferenz 1945 die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwerfen, ohne jede militärische Notwendigkeit. Der Krieg gegen Japan war faktisch zu Ende. Dies waren nicht die letzten Bomben des zweiten Weltkrieges, es sollten die ersten Bomben des dritten Weltkrieges sein. Damals begann Washington seine berüchtigte Atomdiplomatie, die alle Weltprobleme im Sinne der USA-Monopole mit dem großen Atomknüppel lösen sollte. Die Sowjetunion hat das Atomwaffenmonopol der USA zwar innerhalb weniger Jahre brechen können, dennoch hat sie sich von Anfang an für die bedingungslose Ächtung, für das strikte Verbot aller Arten von Massenvernichtungswaffen eingesetzt. Es sind also zwei völlig entgegengesetzte Grundlinien, die die internationale Politik dieser beiden Staaten bestimmen. Das ist der erste Grund, weshalb eine Gleichsetzung beider unlogisch ist und unvermeidlich zu falschen Schlüssen führt. Aber sehen wir weiter.

Einblendung Westfernsehen

"Diese Fordgespräche, die seit drei Jahren abwechselnd in Wien und in Helsinki stattfinden, ist die Beendigung des nuklearen Rüstungswettlaufes zwischen den Großmächten USA und Sowjetunion. Nun hat jeder dieser beiden Staaten auf bestimmten Gebieten der atomaren Rüstung einen deutlichen Vorsprung

vor dem anderen. Jede Seite will ihren Vorsprung halten. Da liegt das Problem. Seit dem vergangenen Herbst treten die Delegationen auf der Stelle. Allzugroße Erwartungen sollten auch mit der neuen, der achten, Gesprächsrunde, nicht verbunden werden.

Die breite Öffentlichkeit ist gewohnt unter Abrüstung die Abschaffung aller Waffen zu verstehen. Die Großmächte, insbesondere die atomaren USA und die Sowjetunion, haben es aber verstanden, bereits Teilmaßnahmen für Abrüstung auszugeben. Was da als Wohltaten bei der Abrüstung gepriesen wird, stellt in den meisten Fällen nichts anderes dar als einen handfesten Interessenausgleich. Die Vertragspartner stellen fest, daß sie bei einer Waffenentwicklung einen Stand erreicht haben, der an Drohung oder Schrecklichkeit nicht mehr zu überbieten ist oder sie stellen fest, daß es nicht lohnt, in ein gewisses Waffenwettrennen einzutreten. Die Ausgaben für die Rüstung drohen zu hoch zu werden."

Heinz Grothe

Wollen wir auch hier die Tatsachen prüfen, meine Damen und Herren. Natürlich sind die Verteidigungsausgaben für die Sowjetunion kein Pappenstiel. Natürlich werden dadurch Mittel gebunden, die man auf anderen Gebieten gut gebrauchen könnte, um noch mehr Wohnungen zu bauen, mehr Schulen und Universitäten, mehr Erholungsheime. Es entspricht der Friedenspolitik der Sowjetunion, wenn sie darauf dringt, diese Ausgaben möglichst einzuschränken.

Die USA wollen Rüstungsmilliarden für andere Zwecke frei bekommen, zum Beispiel um sich in verschärften Konkurrenzkampf sich auf dem kapitalistischen Weltmarkt bessere Wettbewerbschancen zu sichern. Weil sich der Imperialismus in einer Zwangslage befindet, deshalb sind bestimmte Veränderungen beim Nixonbesuch in Moskau möglich geworden, bestimmte Vereinbarungen. Wir dürfen also auch hier nicht einfach beide Seiten gleichsetzen. Und wir sollten in diesem Zusammenhang auch die Frage aufwerfen, wie kam es eigentlich zu diesem Rüstungswettlauf, mit welchem Ziel wurde er gestartet? Die USA wollten die Sowjetunion zunächst militärisch überrunden, um sie dann mit ihrer militärischen Überlegenheit zu erpressen, gegebenenfalls mit Krieg zu überziehen. Die Sowjetunion hat dieses Programm bekanntlich Zug um Zug durchkreuzt. Daraufhin änderte man in den USA das Ziel, man war überzeugt, die Sowjetunion werde in diesem Rüstungswettlauf wirtschaftlich zerbrechen, wenn man ihn nur hart genug vorwärts jagen werde. Alle Welt sieht heute, wie nun dieses Rennen ausgegangen ist. Die sozialistische Wirtschaft der Sowjetunion wächst, entwickelt sich, befriedigt immer besser die Bedürfnisse der Bevölkerung, der Rubel ist die stabilste Währung der Welt. Aber der USA-Wirtschaft ist die Luft knapp geworden und sie ist krisenanfälliger denn je, der Dollar ist krank. Niemand kann heute sagen, wann die nächste Währungskrise kommt. Sicher ist, daß sie kommt. Die beiden Großen haben sich also der Moskauer Vereinbarung von entgegengesetzten Seiten her genähert. Die Sowjetunion ist von Anfang an für vernünftigeren Rüstungsbeschränkungen und weltweite Abrüstung eingetreten. Sie ist ihrem Ziel einen Schritt näher gekommen. Die USA dagegen wollten den Sozialismus im Rüstungswettlauf zermürben, Sie haben sich dabei ganz offensichtlich übernommen und mußten von ihrem unrealistischen Ziel abrücken. Natürlich gibt es

Gründe dafür, daß die USA so lange gebraucht haben, bis zur besseren Einsicht. Dort wo Profit und Politik untrennbar miteinander verknüpft sind, dort wird die Politik eben in erster Linie auch von Profitinteressen bestimmt.

Einblendung Westfernsehen

"In den USA haben sich Rüstungsindustrie, Militär, Geheimdienste, Forschungsstätten, Teile des Kongresses und andere Kräfte zu einer Machtballung formiert, die von der Öffentlichkeit kaum kontrolliert werden kann. Dieser Machtkomplex ist in der Lage, eine Ausweitung der Rüstung auch dann zu betreiben, wenn dies Außenpolitisch nicht notwendig ist. Er kann die öffentliche Meinung über die militärische Bedrohung nachhaltig beeinflussen und hat, wie im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg bekanntgeworden, gravierende Mißgriffe und Fehlentscheidungen zumindest begünstigt. Der militärisch-industrielle Komplex ist keine Verschwörung, sondern muß als Summierung vieler gleichgerichteter Interessen begriffen werden. Die Rüstungsfirmen wollen ihre stetig wachsenden Entwicklungskapazitäten auslasten und drängen auf Anschlußaufträge. Militär und Geheimdienste können bei steigenden Rüstungsausgaben ihre Machtposition stärken. Abgeordnete, denen beim Ausbleiben der Rüstungsaufträge für ihren Wahlkreis die Chancen für eine Wiederwahl sinken. Gewerkschaften befürchten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, wenn Rüstungsunternehmen nicht ausgelastet sind. Somit werden militärische und nichtmilitärische Interessen identisch. Mit zunehmendem Rüstungsetat entsteht ein Militarismus, der ein technologischer Militarismus ist, weil nicht etwa machtlüsternde Generale sondern der Molloch, der ständig komplizierter und teurer werdenden Rüstungstechnologie die Befriedigung der ebenfalls rapide wachsenden anderen gesellschaftlichen Bedürfnisse immer schwerer macht."

Heinz Grothe

Nun meine Damen und Herren, neu ist an diesem technologischen Militarismus eigentlich nur die Bezeichnung. Daß Rüstungsmillionäre, militärische Führer und Regierungsbeamte gemeinsame Geschäfte mit Steuergeldern machen, daß die zu diesem Zwecke gemeinsam den wirtschaftlichen und politischen Kurs des Staates bestimmen, daß sie die militärischen Machtinstrumente zu enormer Stärke ausbauen und aufblähen, daß sie die Rüstungsindustrie rücksichtslos auf Kosten der anderen gesellschaftlichen Bedürfnisse erweitern, daß sie abentheuerliche militärische Aktionen als alleiniges Mittel der internationalen Politik betrachten, alles das ist wirklich nicht neu. Das ist der, beinahe hätte ich gesagt der normale Militarismus, wie ihn bereits Lenin und Liebknecht analysiert haben und wie ihn die Arbeiterklasse seit eh und je bekämpft. Schen sie, da haben wir einen dritten, wesentlichen Unterschied und einen dritten, wesentlichen Grund, der die einfache Gleichsetzung zwischen der USA und der Sowjetunion verbietet. Die Sozialistische Gesellschaftsordnung gestattet niemandem sich an Rüstungsgeschäften zu bereichern. Militarismus ist unter sozialistischen Bedingungen unmöglich, weil der ökonomische Boden fehlt, auf dem er einzig gedeihen kann. Diesen Nährboden des Militarismus bietet nur der Imperialismus. Und wenn dem Militarismus nun das neue Etikett technologisch aufgeklebt wird, dann liegt doch wohl der Verdacht nahe, daß hier von der Vaterschaft des Imperialismus abgelenkt werden soll, auf

irgendeine klassenlose Technologie. Sicher ist nicht zu bestreiten, daß sich der Militarismus der Gegenwart in den USA zu einer anonymen Macht entwickelt hat, die alle Lebensbereiche erfaßt. Eine Machtzusammenballung, von der die Monopole zu Beginn dieses Jahrhunderts etwa noch nicht einmal geträumt haben. Aber das ist eine Entwicklung, die nun keineswegs auf die USA beschränkt ist.

Einblendung Westfernsehen

"Auch in der Bundesrepublik droht ein technologischer Militarismus. Die westdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, durch die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik entstanden, ist ohne Rüstungsaufträge nicht lebensfähig. Für viele Unternehmen anderer Industriezweige ist die militärische Fertigung ein unverzichtbarer Pfeiler der Produktion. Gesamtwirtschaftlich allerdings ist die Abhängigkeit der Wirtschaft und des Staates von Militärausgaben noch nicht besorgniserregend."

Heinz Grothe

Da hält man sich in der BRD anscheinend schon wieder einmal klüger als andere imperialistische Staaten, weil die Bundeswehr ihre Waffen zu einem Teil im Ausland einkauft. Etwa 30 % der Beschaffungsaufträge wurden im vergangenen Jahr ins Ausland vergeben, brachten also den BRD-Rüstungskonzernen keinen Profit. Soweit so gut. Aber bei einem jährlichen Militäretat von 26 Milliarden DM sind sicher auch 70 % der für Rüstungskäufe vorgesehene Summe noch ein ganz schöner Batzen. Im Übrigen machen Waffenkäufe im Ausland das gesellschaftliche System nicht besser. Es bleibt ein imperialistisches System mit allen seinen Gebrechen und mit seiner Gefährlichkeit, die uns verpflichtet, keine Sekunde in unserer Wachsamkeit nachzulassen.

Einblendung Westfernsehen

"Mit dem bisher größten kombinierten Manöver der Land-, Luft- und Seestreitkräfte will die Nato auf die verstärkte militärische Aktivität der Sowjetunion an der Nordflanke Europas antworten. Die Natoverteidigungsminister beschlossen heute in Brüssel, daß dieses Großmanöver am 18. - 28. September stattfinden soll und zwar mit Schwerpunkt im Norden Norwegens, in der westlichen Ostsee, dem Atlantik und dem Mittelmeer."

"Also ich sehe keinen Grund in irgendwelchen Klagen auszubrechen. Es scheinen da einige Übertreibungen vorzuliegen. Um wen hat es sich hier gehandelt? Um die routinemäßig jeden Frühjahr stattfindende Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses. Um den Ausdruck ganz klar und deutlich zu überdetzen und wir waren routinemäßig wie viele für die Streitkräfte aufgestellt von der militärischen Seite und routinemäßig werden die Antworten dazu dann im September gegeben werden."

Heinz Grothe

Wie er sich bemüht das herunterzuspülen, der sozialdemokratische Bundeswehrminister, alles ein bißchen kleiner, ein bißchen unwichtiger erscheinen zu lassen. Routinemäßig hat das Planungskomitee getagt, routinemäßig sind die Ziele für die Streitkräfte aufgestellt worden und routinemäßig wird man dann im September weitersehen. Schmidt begreift natürlich, daß die bisher größten kombinierten

Natomanöver, die sich vom Norden Norwegens bis über die Ostsee bis ins Mittelmeer erstrecken soll, daß die schlecht an die europäische Landschaft passen. Schnell wird alles zur harmlosen Routine erklärt, weil die BRD und die Nato mehr Furcht haben vor der öffentlichen Meinugn in Europa als sie zugeben wollen, weil sie wissen, daß die Verhältnisse für den Imperialismus nicht so sind, wie sie das gerne hätten. Die Friedensoffensive der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten hat den Spielraum für den Imperialismus eingeengt. Er muß sich der friedliche Koexistenz stellen, eine andere Wahl bleibt ihm nicht. Deshalb haben wir seit mehr als einem viertel Jahrhundert Frieden in Europa, deshalb macht die Entspannung auf unserem Kontinent weiter gute Fortschritte und nicht weil da irgend ein Bleichgesicht des Schreckens bestünde. Und deshalb konnte es auch geschehen, daß man in diesem Sommer 1972 von einer Natokonferenz, die noch dazu in Bonn stattfand, solche Töne hörte.

Einblendung Westfernsehen

"Die Natokonferenz ist schon gelaufen. Diese Äußerung eines Delegationsmitglieds war symptomatisch für den ersten Tag der Bonner Tagung. Das Treffen, das unter strengen Sicherheitsvorkehrungen begann, war vorprogrammiert durch den Bericht, den der amerikanische Außenminister Roger aus Moskau vom Gipfel mitbrachte. Erklärungen aller Außenminister von heute zusammengekommen ergeben das Bild einer relativ geschlossenen Allianz, die sich anschickt, Verhandlungen aufzunehmen, die die Konfrontation der Blöcke abbauen und die Beziehungen der Völker Europas normalisieren könnte. Zweifellos ist das die wichtigste Natokonferenz seit vielen Jahren. Sie ist es allerdings nicht aus freien Stücken. Moskau hat sie dazu gemacht."